

Rathaus-Journal

Bonn – Herbst 2024

BONN-ZENTRUM



Liebe Bonnerinnen und Bonner,



in dieser „Herbstaussgabe“ unseres Rathausjournals informieren wir Sie wieder über aktuelle Themen aus dem Bonner Stadtrat und den Bezirksvertretungen.

Thema dieser Ausgabe ist die von der grün-linken Stadtratsmehrheit beschlossene **einspurige Zukunft der Bonner Adenauerallee**, das Verwaltungsgerichtsurteil zur **Umsetzung der Bonner Fahrradstraßen** und dessen Folgen sowie unsere Vorstellungen zu **mehr Sicherheit und Sauberkeit** in unserer Stadt.

Aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion ist der Verkehrsversuch auf der Adenauerallee gescheitert. Die Adenauerallee braucht auch zukünftig zwei Fahrspuren je Richtung, insbesondere da das Rheinufer und die Kaiserstraße inzwischen prioritär den Fahrradfahrenden zugutekommen. Der von der Stadtratsmehrheit gefasste Beschluss einer zukünftigen Einspurigkeit ist daher etwas, das wir nach der nächsten Kommunalwahl wieder ändern möchten. Zwei Fahrspuren je Richtung zuzüglich eines Radstreifens ist unser Ansatz für die Adenauerallee.

Da muss erst ein Verwaltungsgericht kommen, um die Bundesstadt Bonn in

Sachen Umsetzung der Fahrradstraßen zur Vernunft zu zwingen. Die Art der Umsetzung in Bonn ist rechtswidrig und die uns gegebene Auskunft, diese sei mit der Bezirksregierung gemeinsam erarbeitet und abgestimmt, war gelogen. Unsere Akteneinsicht bewies, der Politik wurde die Ablehnung von Bezirksregierung und Polizei drei Jahre lang vorenthalten, Auskünfte, die wir erhielten, waren unwahr. Das hat das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Politik massiv geschädigt.

Wir alle sind schockiert von den Geschehnissen in Solingen, Siegen, aber auch der Vielzahl von Messerdelikten hier in Bonn. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder eine Stärkung des Sicherheitskonzeptes gefordert. Ein Entwurf liegt endlich vor und muss nun in den Gremien intensiv diskutiert werden. Bei der Erörterung des Sicherheitskonzeptes zu Pützchens Markt haben wir erfahren, dass im städtischen Außenordnungsdienst deutlich mehr städtische Bedienstete zum Knöllchenschreiben eingesetzt werden als für das Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Das darf so nicht bleiben!

„Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder eine Stärkung des Sicherheitskonzeptes gefordert.“



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AdobeStock (travelview, EigenitätAr)

Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen ins Gespräch kommen. Unter **sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de** oder **Telefon (02 28) 77 20 44** nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen. Nur im gegenseitigen Austausch können wir die Themen erfahren, die Sie beschäftigen und die Sie wichtig finden.

Ihr

Guido Déus MdL



Schluss mit Lügen, Fehlinformationen und Rechtsverstößen | Seite 2

Benachteiligung des Individualverkehrs – Einspurigkeit der Adenauerallee ist schädlich für Bonn! | Seite 3

Andere Prioritäten für Bonn: Mehr Kontrolle für Sicherheit und Sauberkeit | Seite 3



Bertha-von-Suttner-Platz: Blumenkübel werden zum Zankapfel | Seite 4

Schluss mit Lügen, Fehlinformationen und Rechtsverstößen

Ob Fahrradstraße oder Adenauerallee – Schluss mit Lügen, Fehlinformationen, Rechtsverstößen und fehlenden Abwägungsprozessen

Wenn es noch Beweise für das rein ideologiesteuerte, kopflose Agieren von grüner Stadtspitze und grün-linker Ratskoalition bedurfte, die ihre Ziele mit der Brechstange durchsetzen wollen, dann sind es das Urteil des Verwaltungsgerichtes (VG) Köln zur Fahrradstraße in Ückesdorf und der aktuelle Ratsbeschluss zur Einspurigkeit der Adenauerallee. Der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Guido Déus MdL übte in der letzten Ratssitzung scharfe Kritik an der Arbeit der grün regierten Stadtverwaltung und der Symbolpolitik der grün-linken Ratskoalition. „Ob Fahrradstraße oder Adenauerallee – jetzt muss endlich Schluss sein mit Lügen, Fehlinformationen, Rechtsverstößen und fehlenden Abwägungsprozessen!“, forderte Déus.

Die CDU ärgert sich über die unzulässige Rechtsbeugung, das Fehlen von entscheidungsrelevanten Fachinformationen sowie die bewussten Falschaussagen, mit denen OB Dörner und ihr Stadtbaurat Wiesner die Politik in beiden Angelegen-

heiten hinters Licht geführt haben, um die entsprechenden grün-linken Beschlüsse in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Hinsichtlich der bewussten Falschinformationen in Sachen Markierung von Fahrradstraßen wird die CDU eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die OB und ihren Stadtbaurat Wiesner wie auch die Frage von Schadensersatz prüfen.

Rechtswidrige Anordnung und Falschaussagen zur Fahrradstraße in Ückesdorf

„Das VG-Urteil zur Fahrradstraße ist eine klare Botschaft an die grün regierte Stadtverwaltung. Recht und Ordnung dürfen nicht nach Belieben gebogen werden. Aber die Stadtspitze hat sich über bestehende Gesetze und Empfehlungen hinweggesetzt“, moniert Déus. In der Ratsdebatte zeigten sich alle Fraktionen außer den Grünen irritiert über das Vorenthalten von wesentlichen Informationen. Die SPD-Stadtverordnete und Bürgermeisterin Gaby Mayer beklagte sogar den Vertrauensverlust und sagte, dass sie in Kenntnis der Bedenken von Bezirksregierung und Polizei keiner einzelnen Fahrradstraße zugestimmt hätten.

„Recht und Ordnung dürfen nicht nach Belieben gebogen werden. Die Stadtspitze hat sich über bestehende Gesetze und Empfehlungen hinweggesetzt.“ Guido Déus



David Lutz

Stellv. Vorsitzender CDU-Fraktion

Das Gericht hatte die Anordnung der Fahrradstraße in Ückesdorf für rechtswidrig erklärt, denn weder die OB noch der Stadtbaurat haben eine konkrete Gefahrenlage für die Sicherheit des Straßenverkehrs geliefert.

Aus den 2.000 Aktenseiten, die dem Gericht übermittelt wurden, sowie aus der Akteneinsicht der CDU-Stadtratsfraktion wird deutlich: Fachliche Abwägungsprozesse wurden gar nicht vorgenommen, die Bedenken von Bezirksregierung und Polizei übergangen. Nach der Begründung des Urteils dürfte die Rechtswidrigkeit auch auf zumindest eine große Anzahl bereits ausgewiesener Fahrradstraßen in Bonn zutreffen.

Obendrein hat die von der CDU-Fraktion erfolgte Akteneinsicht auch noch ergeben, dass die Stadtverwaltung Politik und Bürgerschaft in dieser Sache offensichtlich bewusst hintergangen hat. Denn im krassen Gegensatz zu den Aussagen der Stadtspitze haben sowohl die Bezirksregierung Köln als kommunale Aufsichtsbehörde als auch die Polizei bereits seit drei Jahren von der Art der Markierung eindringlich und wiederholt abgeraten.

„Insofern werden wir die Darstellung der Oberbürgermeisterin und von Stadtbaurat Wiesner, dass es sich lediglich um einen Fehler handelt, ihnen nicht durchgehen lassen“, erklärten neben Déus auch die CDU-Stadtverordneten David Lutz und Rainer Haid. ■



Benachteiligung des Individualverkehrs

Adenauerallee zweispurig mit Fahradspur ist möglich – die beschlossene Einspurigkeit ist schädlich für Bonn!

Die CDU-Ratsfraktion lehnt auch weiterhin die von der grün-linken Ratskoalition jetzt beschlossene Einspurigkeit für den Individualverkehr auf der Adenauerallee ab. Unser Antrag auf Beibehaltung von zwei Fahrspuren je Richtung plus ausreichend breiten Radwegen wurde abgelehnt.

„Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass zwei Spuren für den MIV – motorisierter Individualverkehr – pro Richtung erforderlich und möglich sind, ohne den Radverkehr zu benachteiligen. Die beschlossene Einspurigkeit ist schädlich für Bonn“, erläutert Jürgen Wehler, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. Mit dem Antrag wollte die CDU außerdem erreichen, dass in jede Richtung Schutzstreifen für Fahrräder in größtmöglicher Breite abmarkiert werden sollten.

Längsparken könnte auch so weit in den breiten Gehweg verschoben werden, dass der Abstand von mindestens 50, besser 75 Zentimetern gewahrt bleibt. Sollte die Breite des Straßenraums nicht ausreichen, könnten nach Ansicht der CDU Mittelinseln verkleinert, Gehwegkanten verschoben oder als letzte Möglichkeit auch die Zweistreifigkeit in kurzen Abschnitten aufgegeben werden.

Der Antrag fand keine Mehrheit. Allerdings offenbart der jetzt vorliegende Beschluss, der einen Kompromiss aus dem Vorschlag der grün regierten Stadtverwaltung und dem SPD-Antrag bildet, zumin-



Jürgen Wehler

Verkehrspolitischer Sprecher CDU-Fraktion

dest Zweifel von Teilen der grün-linken Ratskoalition an der Sinnhaftigkeit einer durchgehenden einspurigen Adenauerallee. Denn die Verwaltung hatte aufgrund des geringen Fahrradaufkommens zwischen Weberstraße und Bundeskanzlerplatz nur einen markierten und keinen abgetrennten Radweg vorgeschlagen. An der Einspurigkeit für den MIV ändert sich allerdings nichts. Die SPD hatte für den Einmündungsbereich von Reuterstraße und Willy-Brandt-Allee im Bereich Bundeskanzlerplatz einen zweispurigen Übergang für den MIV beantragt.

„Die Einspurigkeit der Adenauerallee und die damit einhergehende einseitige Benachteiligung des Individualverkehrs beeinträchtigt die Erreichbarkeit der Bonner Innenstadt“, warnt der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Guido Déus MdL. „Nach der Kommunalwahl 2025 muss diese von der grün regierten Stadtspitze als unausweichlich propagierte einseitige Sperrung wieder rückgängig gemacht werden. Wie unser leider abgelehnter Antrag zeigt, ist die Adenauerallee breit genug, um auch Radfahrern ausreichenden und sicheren Raum zu gewähren.“ ■



Julia Polley

Stadtverordnete CDU-Fraktion

Andere Prioritäten für Bonn

Mehr Kontrolle für Sicherheit und Sauberkeit statt Knöllchen-Inflation in neuen Parkverbotszonen!

Die grün geführte Stadtverwaltung sollte mehr Wert auf Sicherheit und Sauberkeit legen und weniger Ehrgeiz bei der peniblen Verfolgung von plötzlich zu Parksündern mutierten Kfz-Haltern zeigen“, fordert die CDU-Stadtverordnete Julia Polley. „Aufgrund der auch in den Medien gespiegelten Knöllchen-Inflation der vergangenen Wochen in den von jetzt auf gleich aus dem Boden gestampften neuen Parkverbotszonen muss man den Eindruck gewinnen, dass es in Bonn offenbar keine drängenderen Probleme gibt.“ Dabei werden die Stimmen aus der Bürgerschaft, aber auch von führenden Vertreterinnen und Vertretern des örtlichen Einzelhandels immer lauter, die sich über mangelnde Sauberkeit in der Bonner Innenstadt und subjektiv empfundene Angsträume in der Stadtmitte beklagen.

Stadt kriegt Vermüllung der Innenstadt nicht in den Griff

Gerade rund um den Kaiserplatz, den Hofgarten und den Busbahnhof ist das zunehmende Müllproblem in der Innenstadt besonders auffällig. BonnOrange bekommt dies alleine einfach nicht in den Griff. „Daher fordert die CDU-Fraktion noch mehr Präsenz des Stadtordnungsdienstes insbesondere an den durchaus bekannten Hotspots in der City und konsequentere Verfolgung von Müllsündern“, so Déus. „Es kann nicht angehen, dass personelle Ressourcen durch Knöllchen-Jagd in Wohngebieten, in denen jahrzehntelang das Gehwegparken erlaubt war, ohne dass es augenscheinlich zu nennenswerten Behinderungen des Fußgängerverkehrs gekommen ist, vergeudet werden.“ ■





Bertha-von-Suttner-Platz: Blumenkübel werden zum Zankapfel

Jeder kennt sie: Am Bertha-von-Suttner-Platz haben sich seit einigen Jahren vier Gastronomien mit Außenbereich etabliert, und sie haben die schwierige Zeit der Beschränkungen durch die Pandemie überstanden.

Die Gastronomien bieten mit ihren Außenbereichen ein farblich abgestimmtes und qualitativ hochwertiges Bild im Straßenraum. Die Restaurants sind beliebt und laden ganzjährig zum Verweilen ein.

So weit, so gut. Um welchen Zankapfel geht es jetzt aber plötzlich?

Die Stadt Bonn hat mit hohen Bußgeldbescheiden angeordnet, dass die schön grün bepflanzten Blumenkübel, die die Außenbereiche der Restaurants umgrenzen, von April bis September verschwinden müssen. Der Grund ist die Gestaltungssatzung für die Bonner Innenstadt. Hier ist festgeschrieben, dass Trennwände, Zäune, Pflanzen zur Abriegelung zur Straßenfläche unzulässig sind.

Während der Pandemie galt für Trennwände und Pflanzenkübel eine Ausnah-

megenehmigung, weil sie gewünscht, gewollt und von den Gastronomen bezahlt wurden.

Die Gestaltungssatzung ist zehn Jahre alt und die Innenstadt Bonn ist zum Glück noch weitestgehend lebendig und in Bewegung. In zehn Jahren verändern sich Dinge, das ist in den allermeisten Bereichen so. Durch die lange Phase der Corona-Bestimmungen hat sich damals einiges in der Außengastronomie notwendigerweise verändert und nun stellen wir fest, dass diese Veränderungen teilweise nicht nur Notlösungen gewesen sind, sondern für alle Beteiligten eine Verbesserung der Gegebenheiten darstellen.

Der offene Charakter der Außengastronomien, wie die Gestaltungssatzung es vorsieht, geht am Bertha-von-Suttner-Platz nicht verloren. Im Gegenteil: der Bereich im Straßenraum zwischen Kölnstraße und Sandkaule ist attraktiver geworden. Ein Platzproblem für Fußgänger gibt es nicht. Wohl gibt es mehr Pflanzen, die auch Schutz gegen Lärm- und Abgasbelastung für die Gäste darstellen. Und man darf nicht verschweigen, dass in diesem Straßenbereich

„Wir wollen die positive Entwicklung auch im Straßenbild des Bertha-von-Suttner-Platzes erhalten und mit den Gastronomen Hand in Hand praktikable Lösungen für alle finden.“



Nicole Bonnie

Vorsitzende Bezirksfraktion Bonn

das Bonner Drogenklientel ein Problem darstellt, da sich dort unter anderem ein Automat mit kostenlosen Spritzen befindet. Bettelei, Beleidigungen, Urinieren sind leider an der Tagesordnung.

Bei unseren direkten Nachbarn in den Niederlanden und Belgien gehören übrigens Pflanzenkübel sowie Windschutz bei den Außengastronomien auf den Plätzen und entlang der Innenstadt-Straßen zum Standard – sie gefallen uns als Touristen in Brüssel, Amsterdam, Antwerpen, Brügge und so weiter sehr.

Was will die CDU? Mehr Augenmaß!

Die Gestaltungssatzung muss sich stetig weiterentwickeln und mit Fingerspitzengefühl die unterschiedlichen Entwicklungen aufnehmen. Wir wollen die positive Entwicklung auch im Straßenbild des Bertha-von-Suttner-Platzes erhalten und mit den Gastronomen Hand in Hand praktikable Lösungen für alle finden. Das gilt im Übrigen nicht nur für diesen Platz. Bis dahin muss die Gestaltungssatzung an dieser Stelle ausgesetzt werden, und es darf kein Bußgeld durchgesetzt werden. Es muss diesen Zankapfel nicht geben! ■



Vier Jahre Grün-Rot-Rote Koalition: Stillstand beim Wohnungsbau in Beuel



Marco Rudolph
Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

Im gesamten Stadtbezirk ist der Bedarf an neuen Wohnungen enorm groß. Neben der Inflation und der Energiekostenexplosion steigen die Kaltmieten in Beuel immer weiter. Denn es werden trotz hoher Nachfrage in Beuel kaum Wohnungen gebaut. Wir geben einen Überblick über Wohnbauprojekte im Stadtbezirk Beuel.

Die Arbeit der Koalition fällt leider ernüchternd aus – kurzfristig entstehen beziehungsweise sind keine dringend benötigten Wohnungen in Beuel entstanden.

Erweiterung des Wohnpark II in Vilich-Müldorf

Eine Offenlage des neu aufzustellenden Bebauungsplanes fand nach Beschluss im Mai 2020, also noch vor der Kommunalwahl, statt. Rund 420 Wohneinheiten sollen hier entstehen. Die Stadt verlangt eine zweite Offenlage, da sich auch auf Wunsch der Koalition Änderungen im B-Plan-Entwurf ergeben haben. Dazu zählen der Bau eines Radschnellweges sowie eine Wendeschleife für die Linie 66. Zudem vertritt die Stadtverwaltung die Auffassung, vor dem Baubeginn müsse die Kreuzung B56/Bundesgrenzschutzstraße umgebaut werden, da der Verkehr durch die Wohnpark-Erweiterung nicht mehr verkraftet würde. Einen finalen Satzungsbeschluss koppelt die Stadt an das Planfeststellungsverfahren der B56, das vor 2027 nicht vorliegen wird. **Fazit:** Ein Baubeginn rückt in weite Ferne.

Dritter Bonava-Bauabschnitt Kommentarweg

Bereits vor der letzten Kommunalwahl veranlassten Grüne, SPD und Linke im Planungsausschuss die Herausnahme des Plangebietes aus dem Bebauungsplan. Ab dann wurde das Bauvorhaben nach Paragraph 34 BauGB weiter geplant. Die Koalition blockte mehrere neue Entwürfe der Bonava immer wieder ab und zwang ihr das Bonner Baulandmodell auf. Zuletzt schlug Bonava auf dem Plangebiet neben der Mirecourtstraße 40 Wohneinheiten sowie eine Kindertagesstätte vor. **Fazit:** Das Bauvorhaben wird nicht umgesetzt.

Bauvorhaben Siegburger Straße/ ehemalige Zirkusfläche

Ursprünglich waren SPD und Grüne Treiber des Bauvorhabens, bei dem sich ein Vollsortimenter ansiedeln sollte. 2018 erfolgte der Zielbeschluss des B-Plan-Verfahrens. Seit Herbst 2020 stand die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an. Diese vertagte die Koalition zwei Jahre lang, um 2022 eine komplett geänderte Bebauung auszuhandeln. Diese sieht nun keinen Vollsortimenter mehr vor. Stattdessen werden höhergeschossig circa 80 bis 90 Wohneinheiten geplant. Mit einer möglichen Offenlage wird 2025 gerechnet. **Fazit:** Ein Baubeginn rückt in weite Ferne.

RKG-Gelände Pützchen

Nach der Berichterstattung über RKG sinnierte die Grün-Rot-Rote Koalition über einen Wohnungsbau auf der gewerblichen Fläche und beauftragte

die Verwaltung, eine Änderung des Bebauungsplanes auszuloten. Wie von der CDU vermutet, strebt die Eigentümerin keine Nutzungsänderung an. Auch in Zukunft wird die Fläche weiter gewerblich genutzt. **Fazit:** Die Träumereien der Koalition sind zerplatzt.

Landwirtschaftskammer Roleber

Die Grundstücke der ehemaligen Landwirtschaftskammer in Roleber wurden durch die Firma Sahle Wohnen 2017 erworben. Daraufhin setzte eine Mehrheit aus CDU, SPD und FDP einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan durch. Dieser sah 500 Wohnungen in Form von kleinem Geschosswohnungsbau, Reihen- und Doppelhäusern vor. Außerdem sollten vor Ort ein Nahversorger, eine Kindertagesstätte sowie eine neue Buswendeschleife geplant werden. Die Grünlinke Koalition änderte wesentliche Ziele der Planung grundlegend ab: Auf einer viel kleineren Fläche soll nun deutlich in die Höhe gebaut werden. Sahle Wohnen erklärte daraufhin, diese Planungen nicht umzusetzen. Als letzten Strohhalbm klammern sich Grün-Rot-Rot jetzt an ein Vorkaufsrecht. Ob Sahle wirklich an die Stadt verkauft, ist ungewiss. **Fazit:** Ein Wohnungsbau ist ungewiss

Die CDU-Fraktion Beuel wird sich weiter für den Wohnungsbau einsetzen und fordert für den Stadtbezirk Beuel beschleunigte Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren. Der Bau von neuen Wohnungen in Beuel muss endlich eine hohe Priorität bekommen! ■



Stillstand beim Kurfürstenbad und Warten auf Sporthallen in Bad Godesberg

Die CDU-Fraktion Bad Godesberg hatte für die erste Sitzung der Bezirksvertretung nach der Sommerpause am 21. August 2024 einen Dringlichkeitsantrag gestellt, damit die Verwaltung die Politik über die Gründe der Kündigung der Abrissfirma für das Kurfürstenbad informiert.

Im Februar hatten die Abrissarbeiten der Firma Wahl, die für die gesamten Rückbauleistungen mit Entkernung, Schadstoffsanierung und den Arbeiten zum Ausbau des Paul-Magar-Mosaiks zuständig war, begonnen. Die Politik und die gesamte Öffentlichkeit erfuhren erst durch eine Pressemitteilung am 10./11. August, dass der Firma Wahl am 22. Juli wegen immer größer werdenden Differenzen zwischen Auftraggeber (Stadt Bonn) und Auftragnehmer (Firma Wahl) gekündigt wurde. Aufgrund des andauernden schwebenden juristischen Verfahrens wurden in der Sitzung der Bezirksvertretung am 21. August keine näheren Hintergründe für die außerordentliche Kündigung genannt.

Das Paul-Magar-Mosaik wurde nicht wie vorgesehen im zweiten Quartal 2024 ausgebaut, sondern soll erst später durch das Dach als Ganzes herausgehoben werden. Für die noch ausstehenden Rückbauarbeiten und den Neubau soll ein Totalunternehmer beauftragt werden. Der zukünftige Totalunternehmer muss noch in einem zeitaufwendigen europaweiten Ausschreibungsverfahren, welches neun Monate dauert, gefunden werden. Erst Ende 2025 kann der gesamte Auftrag vergeben werden. An der vorgesehenen Planung des Raumprogramms mit einem

Sportschwimmerbecken, einem Lehrschwimmbecken, einem Kinderbecken, einem Multifunktionsbecken und einem 330 Quadratmeter großen Saunabereich wird festgehalten. Man erhofft, dass die zu erwartende zeitliche Verzögerung durch die Vergabe an einen Totalunternehmer, der alle Gewerke in einer Hand hat, nicht allzu groß ist. Ursprünglich war vorgesehen, das neue Kurfürstenbad am 30. Juni 2027 zu eröffnen.

Die Sanierung des Kurfürstenbades hat jetzt für die Bad Godesberger Schulen, Vereine und die gesamte Bevölkerung in Bad Godesberg Priorität. Es ist völlig unakzeptabel, dass der Bau des Kurfürstenbades weiter verzögert wird. Die Kosten für den Neubau mit wahrscheinlich mehr als die vorgesehenen 42 Millionen werden aus der Bäderpauschale übernommen und müssen in die nächsten Haushaltsjahre eingestellt werden. Die CDU-Fraktion fordert für die Zukunft eine regelmäßige Berichterstattung in der BV über die einzelnen Verfahrensschritte und Kosten zum Neubau des Kurfürstenbades. Erfreulich ist, dass jetzt die neue Traglufthalle in Friesdorf installiert werden konnte.

Vor den Sommerferien hatte die CDU-Fraktion eine Große Anfrage zur Sanierung und dem Neubau von Sport- und Turnhallen gestellt, die bereits heute mit weit über 90 Prozent ausgelastet sind. Nach der Antwort der Verwaltung befindet sich ein Vorschlag zur Priorisierung der gesamten Sanierungsmaßnahmen der Bonner Sporthallen noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Die CDU-Fraktion erwartet jetzt die Vorlage eines Prüfungsergebnisses mit einem Zeit- und Kostenplan bezüglich



Inge Stauder

Vorsitzende Bezirksfraktion Bad Godesberg

der Sanierung oder eines – auch mehrstöckigen – Neubaus für den Sportpark Pennenfeld. Angesichts des hohen Bedarfs der Vereine und Schulen ist die Situation besorgniserregend. Aufgrund einer drohenden Schließung der Dreifachturnhalle in Pennenfeld brauchen wir so schnell wie möglich Interimsstandorte für Sporthallen, die die CDU-Fraktion schon seit langem fordert.

Auch in Mehlem ist der Bedarf an einer zweiten Turnhalle groß, die im Programm „Schulbau der Zukunft“ in Zusammenhang mit der OGS-Erweiterung betrachtet wird. Dringend sanierungsbedürftig sind die Duschen, Umkleieräume und Sanitäranlagen in der Turnhalle an der Oberaustraße. Die Turnhalle an der Gotenschule soll bald fertig sein, die dann auch von den Schülerinnen und Schülern des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums genutzt werden kann, deren Sporthalle auch neu errichtet werden muss. Auch am Friedrich-List-Berufskolleg steht eine Sanierung der Schulturnhalle aus.

Die CDU-Fraktion fordert jetzt einen „Runden Tisch“ mit den Schulen und Vereinen zur Gesamtproblematik der Nutzungsmöglichkeiten bei den Turnhallen in Bad Godesberg. ■



„Wir begrüßen das besondere Engagement des Sport- und Bäderamtes und die Einbeziehung unserer Vorschläge in das weitere Verfahren.“

Abriss des Vereinsheims auf der Sportanlage Brüser Berg

Der Abriss des Rohbaus für ein Vereinsheim auf der Sportanlage Brüser Berg ist schon lange überfällig. Endlich hat sich die Bonner Stadtverwaltung auch auf Betreiben der CDU dazu entschlossen, den Abriss vollständig durchzuführen.

Nun stellt sich die Frage, was in Zukunft an die Stelle des abgerissenen Gebäudes kommen soll. Dazu haben die CDU-Bezirksfraktion und der Stadtverordnete für den Brüser Berg und Lengsdorf, Bert Justus Moll, Vorschläge gemacht und einen Antrag in die Bezirksvertretung Hardtberg eingebracht.

Das Sport- und Bäderamt hat den derzeitigen Sachstand erläutert und berichtet, dass die Planung der gesamten Sportanlage vergeben worden sei. Im Rahmen dieser Planung sollen unsere Vorschläge berücksichtigt werden, an die Stelle des abgerissenen Vereinsheims zumindest eine Stehplatztribüne, gegebenenfalls mit Überdachung, in den Hang oberhalb des Kunstrasenplatzes an der Pascalstraße zu integrieren.

Der Bau eines neuen Vereinsheims durch die Stadt komme nicht infrage, weil dies den Vereinen obliegen würde. Fest eingeplant seien hingegen die Ertüchtigung und Erweiterung des Kunstrasenplatzes an der Pascalstraße sowie ein weiterer Gebäudekomplex neben dem Eingang der Sportanlage, der weitere Umkleidekabinen, Aufenthaltsräume für Schiedsrichter und Stauraum für die Vereine umfassen werde. Um den Kunstrasenplatz würde

eine Tartanbahn verlegt sowie an den Kopfenden des Fußballplatzes weitere Einrichtungen für die Leichtathletik, unter anderem eine Weit- und Hochsprunganlage, gebaut.

Besonders positiv bewerten wir die Absicht der Verwaltung, ein neues Kleinspielfeld mit Kunstrasen für Fußball und andere Sportarten auf der Anlage zu planen. Dies würde zahlreichen Freizeitsportlern Spielmöglichkeiten eröffnen und die Vereine bei der zeitlichen Planung der Belegung der beiden Kunstrasenplätze entlasten. Wo das Kleinspielfeld gebaut werden soll, wird genauso wie viele andere Details Gegenstand der Sportplatzplanung sein.

Sobald dieser Planungsentwurf vorliegt, hat die Verwaltung zugesagt, die Vereine und auch die politischen Vertreterinnen/Vertreter in den weiteren Prozess einzubeziehen. Wir begrüßen das besondere Engagement des Sport- und Bäderamtes und die Einbeziehung unserer Vorschläge in das weitere Verfahren. Ziel muss es sein, den Sportplatz Brüser Berg weiterzuentwickeln und den Sportstandort Hardtberg auszubauen. ■



Bert Justus Moll

Vorsitzender Bezirksfraktion Hardtberg